

erschient täglich
ausser am Sonntag und Feiertage
Abonnementspreis
semestlich 50 J. 1/2 Jährl. 1.50 J.
vierteljährlich 1.00 J. Durch
die Post bezogen 1.65 J.
„Die Neue Welt“
Erhaltungsbetrag, durch
die Post nicht bezahlbar, folgt
semestlich 10 J., vierteljährlich 50 J.

Volksblatt

Inserionsgebühren
betragt für die gewöhnlichen
Beitragte über deren Raum
10 J. für 20 Zeilen, 20
Bereits- und Veranlagungs-
anzeigen 10 J.
Im reaktionellen Teile
folgt die Seite 50 J.
Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition abgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7631.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Dessau-Bitterfeld, Raumburg-Weissenfels-Zei-
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geisstrasse 21, erster Hof parterre rechts.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 162

Halle a. S., Donnerstag, den 14. Juli 1898.

9. Jahrg.

Du sollst nicht freitreiben!

Als den ältesten bekanten Streit im großen Stil hat man schon den Auszug der Israeliten aus Ägypten bezeichnet, worüber die biblische Kunde so viel zu berichten weiß. Von Streifzügen aber wird dabei nirgends gemeldet, und sicherlich hätte Moses seinem Delago (Die zehn Gebote) auch das Verbot eingefügt: „Du sollst nicht freitreiben“, wenn es in der von ihm geleiteten Freiheitsbewegung des israelitischen Volkes Streifzügen gegeben hätte.

„Du sollst nicht freitreiben!“ — Alle Klassenbewußten Proletariat sollten ihren Kindern dieses Gebot einschärfen und als heiliges Vermächtnis mit auf den Lebensweg geben.

Wir Nicht von der Vaterlandsverräter allgemein verachtet und hart bestraft, der im Kriege um schönen Zubehörs der feindlichen Macht Vorzug leistet oder im Frieden (wie angeht der Drehs) Spionendienste leistet. Was aber politisch, im Verhältnis der Staaten und Völker zu einander, die Nation, das ist sozial die Klasse. Man kennt ja das oft citierte Wort des englischen Premierministers Lord Beaconsfield von den zwei Nationen (zwei Nationen), wonach gegenwärtig Kapital und Arbeiter einander gegenüberstehen wie oder besser als zwei Nationen. In sozialer Hinsicht ist das Vaterland des Arbeiters keine Klasse, und sein Patriotismus ist, in den Kämpfen der Arbeiter mit den Unternehmern um gerechte Forderungen, in Reich und Glied mit seinen Kollegen zu kämpfen und sie nach Kräften zu unterstützen. Verrat an ihrer Klasse aber, gleich dem Vaterlandsverräter an seiner Nation, verüben diejenigen Arbeiter, die es mit dem Feind halten und sich ihm zur Verfügung stellen, und damit den Sieg der Unternehmer über die kämpfenden Klassenossen und Kollegen herbeiführen.

Und dieser Verrat ist um so schmerzlicher, als bei sozialen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen nicht zwei Mächte von annähernd gleichen Kräfte einander gegenüberstehen, wie in Völkern, sondern eine schwache gegen eine starke Macht; die wirtschaftlich schwache Arbeiterklasse kämpft gegen das wirtschaftlich überlegene Unternehmertum, das nicht allein über den großen Geldbeutel verfügt, sondern auch vielfach über Polizei und Staatsgewalt unterstützt wird. — Dieser Verrat ist ferner auch darum um so schmerzlicher, weil den kämpfenden Arbeitern die Gerechtigkeit zur Seite steht, ihre ökonomische Bedrängnis, ihre schlechte Klassenlage sie in den Kampf getrieben hat.

Dieser Auffassung hat vor einiger Zeit auch der rühmlich bekannte dänische Professor Harald Höffding in seinem in Neuauflage erscheinenden Buche „Ethik“ Ausdruck gegeben. Er schreibt:

„Für den einzelnen Arbeiter kann während der von einem Fachverein beschlossenen Arbeitsniederlegung ein erster ethischer Konflikt entstehen, indem er zwischen seine hungrende Familie und dem gestellten wird, was er als seine Standesehre und Standeswohlstand ansehen muß. Das Verhalten der Fachvereine gegenüber den sogenannten „Streifzügen“ ist oft streng gemeint. Aber man muß bedenken, daß hier ein ethischer Konflikt vorliegt. Wenn die Arbeitsniederlegung wirklich im Interesse des ganzen Standes geschieht, ist es unzweifelhaft die Pflicht des einzelnen — so lange wie möglich auszuhalten. Selbst wenn er nicht zum Fachverein gehört, wird er Augen um einen Sieg haben und wird daher in der Zeit des Kampfes nicht seine Sache von der des Vereins trennen können. Es ist eine große Verantwortung, welche diejenigen auf sich nehmen, die den Krieg erklären; ist aber der Krieg erklärt, muß der einzelne sich in das unvermeidliche Leid fügen. Und in diesen Kämpfen sind unzweifelhaft in den engen und verborgenen Verhältnissen, in denen sie sich abspielen, Eigenschaften an den Tag gelegt worden, die auf einem größeren Schaulust historischen Ausmaß verschafft haben würden.“ Professor Höffding zitiert hier den Ausdruck des Nationalökonomen Stanley Jenons:

„Ich zweifle nicht daran, daß, wenn die Geschichte der Streiks und Arbeiterkämpfe vollständig geschrieben würde, sie ebenso viele Beispiele von Treue und Gelobtmüt und furchtlosen Weisheit im Genuß darbieten würde, als mancher Krieg, den die Weltgeschichte bezeugt.“

Sogar ein englischer Richter hat sich auf diesen Standpunkt gestellt. Im Juni vorigen Jahres wurde vor einem Londoner Gericht ein Gewerkschaftsmitglied verurteilt, welches gelangt war wegen Einschüchtern eines Streikbrechers, der zur Arbeit ging. Beim Verhör sagte der Richter:

„Für die Gewerkschaftsmitglieder ist ein Streikbrecher für seine Klasse das, was ein Verräter für sein Land ist, und obgleich beide in beschwerlichen Zeiten nützlich sein mögen für die eine Partei, so sind sie

doch verachtet von allen, sobald der Frieden zurückkehrt. Der Streikbrecher ist der letzte, welcher einem anderen Hilfe bringt, aber der erste, welcher Hilfe verlangt, doch arbeitet er niemals gefreut. Er nimmt nur auf sich Rücksicht, aber er sieht nicht über den nächsten Tag hinaus; jedoch für Geld und wüßselige Zubilligung wird er seine Freunde verraten, seine Familie und sein Land. Mit einem Wort: er ist ein Verräter in kleinem Maßstabe, der erst seine Kollegen verkauft, und nachher wird er von seinem Arbeitgeber verkauft, bis er zuletzt verachtet und verabschiedet ist von beiden Parteien. Er ist ein Feind seiner selbst, der Gegenwart und der kommenden Gesellschaft.“

Was für ein „wildes Land“ ist dieses England, wo Richter solchen Anschauungen Raum geben!

Wenn sich die Arbeiter die Kreise genauer ansehen, die neuerdings die „Arbeitswilligen“ in ihre Protection genommen, so muß ihnen, so weit sie „helle“ sind, jeder Appetit zur Streifzucht gründlich vergehen, auch die Versuchung noch lo verdorben an sie heranziehen.

Salus publica suprema lex: „Das Wohl der Gesamtheit muß oberstes Gesetz sein“, und daraus ergibt sich für die Arbeiter in Streitbewegungen als oberstes Gebot:

Du sollst nicht freitreiben!

Tagesgespräche.

Regierung und Selbstverwaltung. Die Berliner Kommunalverwaltung erfährt seit einiger Zeit heftige Angriffe von Seiten der konservativen und antisemitischen Berliner Presse. Der Berliner Kommunalrat, der die Verwaltung in Händen hat, wird mit diesen Angriffen bedacht, weil er unter den Gemäßigten in die Schuldeputation delegiert hat. Diese Delegation ist ohne Widerspruch erfolgt, ein Beweis, welches Ansehens sich unter Genossen auch bei seinen Gegnern erfreut. Daß die weitaus stärkste Partei der Stadt Berlin in der Schuldeputation vertreten ist, dürfte nicht mehr als recht und billig sein. Die reaktionäre Presse aber thut so, als müßte alles Bestehende zu Grunde gehen, weil ein Sozialdemokrat sich und Stimme in einer Berliner Stadtbehörde erhalten hat. Die Regierung wird ermuntert, auf Grund veralteter Rabinetsordres Widerspruch gegen die Wahl Singers zu erheben. Nun ist aber nachgewiesen, daß das Bestätigungsgesetz für die Wahlen zur Schuldeputation längst von der Regierung an den Berliner Magistrat übertragen worden ist. Nun wird vom Magistrat der Büttelienst verlangt, die Wahl Singers aufzuheben, und es wird ihm im Falle des Ungehorsams angedroht, daß die Delegation des Bestätigungsgesetzes von der Regierung wieder zurückgenommen und die Bügel der Staatsaufsicht im Unterichtsweesen strenger angezogen werden würden. Man geht noch weiter. Bekanntlich hat es der bisherige Oberbürgermeister Jelle hat bekommen, die auch für einen schmerzlichen Mann unbedeutende Rolle eines Puffers zwischen Regierung und Stadtverordnetenversammlung weiter zu spielen, und er hat sein Amt niedergelegt. Zu seinem Nachfolger ist der jetzt Bürgermeister Kirchner gewählt, aber die Bestätigung dieser Wahl ist noch nicht erfolgt. Die freiliberale Post deutet nun an, daß diese Bestätigung von einer Art Grauen auf politische Zuverlässigkeit abhängig gemacht werde? Wenn Herr Kirchner nicht freiwillig gelode, dem sozialdemokratischen Einflusse, der sich in der Stadtverordnetenversammlung bemerkbar mache, entgegenzuwirken, sei er als Oberbürgermeister nicht zu brauchen. Wir haben zu dem Mannes mit der Berliner Freisinnigen kein besonderes Vertrauen, aber wir glauben doch, daß ihnen solche Vorschläge wider den Sinn gehen. Konfliktstoff ist genug vorhanden und die Lage, wo man den Republiken auf dem Schloßplatz, von Volkswitze das „Gordensbeden“ gestaut, darbrachte, sind vorüber. Das Oberverwaltungsgericht hat am Ende voriger Woche die Klage der Stadtverordnetenversammlung gegen die Bestätigung des Oberpräsidenten, die die Niederlegung eines Kränzes auf dem Grabe der Märzgefallenen durch eine Deputation der Stadtverordneten verboten, bekanntlich zurückgewiesen, weil hierin eine den Gemeindeförderung unterliegende politische Tätigkeit zu erblicken sei. In einer Reihe freisinniger Berliner Blätter hat dies Urteil zu dem Vorschlag geführt, die Gemeindeverwaltung möge ihrerseits sich nun auch vor denjenigen politischen Handlungen in acht nehmen, gegen die ein Verbot des Oberpräsidenten ergehen würde, also vor Ausgaben für die Straßenschildung zu Ehren fremder Potentaten. Der Vorschlag ist ganz folgerichtig, aber wir glauben nicht, daß Ernst damit gemacht wird, so sehr es im Interesse der Steuerzahler läge, wenn der Stadtrat für solche Ausgaben nicht zu haben wäre, mit denen die überzogene Mehrheit der Berliner Bürger durchaus nicht einverstanden ist. Jedenfalls seien aber diese Vorschläge, wie die Stimmung ist. Dem Stolz des Berliner Kommunalratens wird eben zu über-

mitgeteilt. So hat die Stadtverordneten-Versammlung seiner Zeit beschloffen, den Friedrichhof der Märzgefallenen mit einem Portal zu schmücken und mit einem einfachen Gitter zu versehen. Man hat sich dabei nicht sonderlich in Unkosten gefügt. Die Pläne des Stadtbauamts Hoffsman für das Friedrichshospital sind sehr nüchtern ausgefallen, aber trotz dieser Nüchternheit hat das Berliner Polizeipräsidium immer noch nicht die Bauerlaubnis erteilt, obwohl Monate vergangen sind, seit die Pläne vorgelegt wurden. Kurz, es wird hinüber und herüber geschoben, und es sollte uns nicht wundern, wenn nächsten wieder in der Latenpresse der Gedante auftaucht, Berlin seines Charakters als Reichsstadt zu entleeren und Potsdam zu einem deutschen Versailles zu machen. Als die Ententepläne keine Gebilde fanden, tauchte dieser Vorschlag schon einmal auf, freilich ohne irgend welchen Eindruck zu machen.

Herr v. Boddieski hat eine Ferienreise nach Konstantinopel unternommen. Es wird angenommen, daß er Vorbereitungen für die Jerusalemreise Wilhelm II. trifft.

Die Politik der gepanzerten Faust. Zur Ausdehnung der Fremdenüberlassung in Shanghai hat nach einer Spanghaur Nachricht der Franz. Jtz. der deutsche Gesandte weitere Verhandlungen vom Kungli-Jamen gefordert. Die städtischen Behörden von Shanghai haben ein solches Zugeständnis befristet, der Laotai aber hat es abgelehnt.

An der Vernichtung der Sozialdemokratie wird überall im Deutschen Reich wacker gearbeitet, so daß, wenn das so fortgeht, die Sozialdemokratie spätestens bis zum Jahre 1900 abgeschafft sein wird. Der Darlehnslasverein in dem rheinischen Dorfe Weidenich hat an zwei Wähler des Ortes folgendes Schreiben gerichtet:

„Infolge Ihres agitatorischen Wirkens für die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl betrachten der unterzeichnete Vorstand Sie nicht mehr als zur christlichen Kirche gehörend und schließt Sie daher statumäßig als Mitglied des Vereins aus.“

Freundschaftliche Kistenfreige bekommen jetzt die Wähler von der Kreuzung. Die Wähler des Bundes hatten das Maul furchbar voll genommen. Sie präsenten mit der Macht, die sie im Staat repräsentieren, als es dann aber zum Klappen kam, stellte es sich heraus, daß diese Macht sich durchaus nicht bewährt hat. Die Kreuzung stellt in dieser Beziehung fest und man kann ihr darin recht geben: In dem „kleinen WAG“ des Bundes bekamen die Antimilitaristen die beste Frucht, die Konservativen wollte man nur bedingungslos unterstellen; das Zentrum und die Nationalliberalen kamen noch schlechter weg, den Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde der Krieg angekündigt. Das Resultat war aber: die Antimilitaristen sind auf der ganzen Linie geschlagen worden nach Notzen, den Konservativen haben die Wähler nicht aus der Partei geholt, das Zentrum hat gewonnen, die Freisinnigen sind nicht geschwächt, die Sozialdemokratie hat erheblich zugenommen. Ergo: Mit der Macht des Bundes ist eitel flumet. Aber ganz möchte doch auch das Organ des edlen Hammerstein die Phantasie möglicher nicht zurückweisen; wer weiß, ob man nicht einmal die Bauerngroßen, welche diese Herren mit großem Geschick gesammelt haben, brauchen kann. Daher giebt das Zentrum den Wählern den freundschaftlichen Rat, sie sollen nicht verüben, Partei zu spielen und sich an Stelle der bestehenden Parteien zu legen, sondern höchst artig sich in Abraham's Schoß sammeln, d. h. sich der bestehenden konservativen Partei anschließen. — Dieses Liedes werden mit der Ruhe macht uns ungemein viel Spaß.

Wegen Verleumdung des Großherzogs von Hessen wurde in Darmstadt der Arbeiter Fritz, ein verbummelter Mensch, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Inselnd.

Frankreich. Die Gegner der Revision des Drehs Drehs glauben jetzt selbst nicht mehr, daß die Revision verhindert werden könne, nachdem sie erfahren haben, was die Freunde der Revision auf die Rede Cavagnacs erwidern. Diese Erwidrerungen sind geradezu verächtlich ausgefallen. Selbst der Gaulois muß gestehen: „Die Drehsbewegung wird also fortdauern, entgegen unserer Annahme, die zu optimistisch gewesen ist.“ Die Gazette de France stellt fest, daß die Drehsarmee „den Kampf glänzend erneuert“, und Willenow schreibt: „Die Drehsarmee schlägt ihre Weiden; sie überzieht sich nicht, sie kämpft heroisch weiter.“ Das Journal des Debats, das die Dinge jetzt kühl beurteilt, schreibt zur Rede Cavagnacs: „Diese haben Getändnisse und bruchstückartigen Beweise lassen notwendigweise dem Zweifel und dem Widerspruch Raum. Sie eröffnen die Diskussion und geben das Recht zu einer solchen. Das ist keine Art, etwas zu beenden. Es ist vielmehr ein Anfang.“ Dies Wort bedeutet mit Recht, daß sich in der Kammer kein Mann gefunden hat, der dem Kriegsminister sofort die Unhaltbarkeit seiner Ausführungen nachwies und die Ungeheuerlichkeit der Beurteilung des Drehs aus dem Munde

wollte sich in sich hinstellen. ...

1135 105, 1136 070, 1137 080, 1138-1141*, 1142 150, 1143 800, 1145 1146*, 1146 100, 1152 450, 1155 leer, 1157 leer, ...

aber nicht viel bewegen kann. Im übrigen ist oft und lange ...

Wahlrecht. Wahlqualifikation in der Schule. Ein Lehrer in der Dorfgemeinde ...

Wahl-Liste. Auf Sammelstätten zum Wahllokal sind beim Vertrauensmann ...

Wahlrecht. Ein Lehrer in der Dorfgemeinde ...